

Gutachten des Nachhaltigkeitsrats (CSDD) zum Bericht zur Umsetzung des nationalen Nachhaltigkeitsplans (PNDD) Luxemburg vom 3.11. 2015

Der „Conseil Supérieur pour un Développement Durable (CSDD) begrüßt den ausführlichen und stellenweise sehr detaillierten Bericht zur Umsetzung des „Plan National pour un Développement Durable (PNDD)“. Die politische Auflage einer periodischen Evaluation der Umsetzungen der im PNDD vorgegebenen Ziele und Maßnahmen, wurde aus unserer Sicht erfüllt.

Der CSDD hat den gesetzlichen Auftrag die nationalen Initiativen und Maßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit kritisch zu begutachten.¹ Der CSDD ist der Meinung, dass der PNDD zusammen mit dem Umsetzungsbericht ein grundlegendes strategisches Instrument zur Lenkung von Entwicklung in Gesellschaft und Umwelt bietet, um eine bessere, nachhaltigere Balance zwischen Verbesserung der Umweltqualität, Lebensqualität und Schaffung von Wohlstand zu erzielen, in einem adäquaten Zeitraum.

Der CSDD geht in diesem Gutachten des Umsetzungsberichtes zum PNDD hauptsächlich auf die Beschreibung der Schwerpunkte in dem Umsetzungsbericht ein. Vorab sollte jedoch angemerkt werden, dass im Umsetzungsbericht der Bezug zum Nachhaltigkeitsplan jedoch im ganzen Dokument verstärkt werden sollte. Eine Einführung die beschreibt wer diesen Bericht verfasst hat, in welchem Zeitraum, auf Grund welcher Methoden, und wer hierzu beigetragen hat, scheint uns auch unerlässlich für Transparenz. Unserer Meinung nach sollte auch erwähnt werden, dass dies nur ein Zwischenbericht ist, wohlwissend, dass die Zeitschiene von der im PNDD geplanten Berichterstattung jetzt abweicht. Die Struktur des Umsetzungsberichtes und die Selektion der Schwerpunkte bedarf auch der Erklärung, besonders da sie von der des PNDD abweicht. Eine schlüssige Interpretation was nachhaltige Entwicklung für das Land Luxemburg bedeutet, mit Referenz zur Definition im PNDD, ist für den CSDD in einem solchen Bericht eine wichtige Grundlage, da die selektive Darstellung der Umsetzung im ganzen Land sonst beliebig erscheint. Trotz des generell sehr positiven Gesamteindrucks des vorliegenden Umsetzungsberichts stellt der CSDD unter diesem Gesichtspunkt drei wesentliche Mängel fest, die wir nachstehend aufführen. Im Anhang geben wir einige Beispiele für diese Mängel, sowie unsere Empfehlungen an.

1. Der PNDD sowie der Umsetzungsbericht greifen inhaltlich oft zu kurz und es fehlt häufig an vernetztem Denken

Der PNDD ist ein Instrument der Regierung Nachhaltigkeit in Luxembourg zu fördern. Dieses Instrument sollte aus Sicht des CSDDs jedoch genutzt werden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern, nicht nur in Politik und Wirtschaft.

¹ Loi du 25 juin 2004 relative à la coordination de la politique nationale de développement durable, article 4 e :.... d'émettre des avis ...notamment sur le plan national pour un développement durable...)

a. Initiativen und Maßnahmen die auf Veränderungen im gesellschaftlichen Bereich zielen oder die ermöglichen, dass Gruppen aus der Gesellschaft mehr Eigenverantwortung übernehmen, sind vernachlässigt.

Im Bericht zu den fünf thematischen Schwerpunkten wird nur ein kleiner Teil der bereits bekannten öffentlichen Maßnahmen beschrieben. Es wird hauptsächlich Bezug auf Maßnahmen genommen, die politisch oft diskutiert und somit sofort auf der Hand liegen. Es gibt jedoch in Luxemburg viele Nachhaltigkeitsinitiativen, besonders auch Initiativen die darauf zielen die Zivilgesellschaft einzubinden, oder auch Initiativen die aus der Zivilgesellschaft herausgewachsen sind, die unter die Schwerpunkte des Berichts fallen, die aber nicht erwähnt werden (siehe auch Punkt 2.). Gerade die Initiativen im privaten Gesellschaftsbereich sind signifikant für grundlegende, nachhaltige Veränderungsprozesse in der Gesellschaft: so wird zum Beispiel der substantielle Beitrag von Flusspartnerschaften zur „Governance“ und Verbesserung der Wasserqualität aus einer Reihe von Gründen nicht dargestellt, obwohl gerade diese Art von Instrument zu einer systemischen Analyse der Herausforderungen aus vielen Stakeholder Perspektiven verhilft. Ausserdem wird die Problematik eines machbaren Monitorings nicht erörtert, wird die Diversität der Wirtschaft nur in Bezug auf Sektoren besprochen und gar nicht angesprochen, wird das neue Gesetz zum Statut der ‘Société d’Impact Social’ zur Förderung der Gründung gemeinnütziger wirtschaftlicher Unternehmen nicht erörtert.

b. Der Bildungsbereich ist Thema am Rand

Die primäre Grundlage überhaupt für eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung ist eine adäquate Bildung, einschließlich der lebenslangen Aus-und-Weiterbildung. Umso erstaunlicher und bedauernswerter ist, dass dieser Bereich zwar im PNDD aufgeführt, im Bericht aber nur beiläufig erwähnt wird. Das Bildungssystem als solches wird nicht besprochen. Dadurch fehlt hier jegliche Perspektive. Unserer Meinung nach müsste dies jedoch einen zentralen Schwerpunkt darstellen.

c. Fehlen von Angaben über Prioritäten, Wichtigkeit und Zeit

Bei den Zielen und Maßnahmen fehlen häufig Angaben zu politischen oder gesellschaftlichen Prioritäten. Ohne die Festlegung auf Prioritäten besteht, zumal in Zeiten von Knappheit von finanziellen und personellen Ressourcen, die Gefahr, dass die Umsetzung beliebig gerät. (Siehe auch CSDD-Kommentar 2010). Ebenso fehlen meistens jegliche Angaben über die jeweilige Bedeutung oder Wirksamkeit mit zeitlichem Bezug sowohl im Textteil als auch im Indikatorteil. Über die Wirksamkeit einer Maßnahme kann man nichts aussagen, wenn der Beobachtungszeitraum nicht bekannt ist. Dadurch kann die Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen nicht sinnvoll in Erwägung gezogen werden und somit kaum der Richtschnur für politische Weichenstellungen dienen. „Low hanging fruits“ sind nicht als solche gekennzeichnet (siehe auch CSDD-Bericht 2010).

d. Es fehlt an vernetztem Denken

Ein gravierender Mangel des Umsetzungsberichts ist, dass vernetztes Denken sowohl im Textteil als auch im Indikatorteil weitgehend fehlt. Unter jedem Themengebiet werden einzelne Maßnahmen meist nur strikt sektoriell aufgezählt, ohne Hinweise auf Interdependenzen zwischen einzelnen Sektoren. Daher geht der Blick auf komplexe Prozesse mit Wirkungen und Wechselwirkungen, auf gewollten und ungewollten Nebenwirkungen, die manche Initiativen und Maßnahmen auslösen, verloren. (z.B. wird nicht auf die sogenannten ‘rebound Effekte’ aufmerksam gemacht, die Energie- oder Ressourcen-Effizienzgewinne provozieren, sodass im Endeffekt reduzierte Kosten meist zu höherem Verbrauch führen...). Die fehlenden Hinweise und Querverweise auf Beziehungen zu anderen Bereichen verschenken die Möglichkeit, beabsichtigte oder unbeabsichtigte Folgewirkungen oder nichtintendierte Nebenwirkungen einer Maßnahme auf Entwicklungen in anderen Sektoren zu erkennen und zu unterstreichen. Dies ist nicht akzeptabel da es viele Beispiele gibt für Politiken die auf Nachhaltigkeit zielen, die jedoch verheerende Nebeneffekte haben (z.B: Fischfangquoten, die oft dazu führen, dass Fang-Überschuss mit verletzten oder toten Fischen in das Meer zurückgekippt wird).

2. Es wird nur aus der staatlichen, politischen Perspektive argumentiert

Im Bericht wird hauptsächlich analysiert, welche politischen Maßnahmen schrittweise zur Besserung in der Umwelt und in Hauptbereichen der Privatwirtschaft beigetragen haben. Dies führt dazu, dass an vielen Punkten eine kritische und sachliche Stellungnahme zu den Umsetzungsmaßnahmen, über die berichtet wird, fehlt. Der Bericht wurde in vier ökonomische Schwerpunkte (außer dem Schwerpunkt Biodiversität) gegliedert, aber kein explizit sozialer Schwerpunkt wurde begutachtet. Auch wird der Punkt Energie unter Wirtschaft behandelt. Spiegelt dies die Zuständigkeitsbereiche der zuständigen Regierungsmitglieder wider?

Breitere Analysen, wie Privatunternehmen oder besonders die Zivilgesellschaft, in Gruppen oder als einzelne Bürger, verstärkt in den Entwicklungsprozess mit einbezogen und mehr Verantwortung übernehmen können und wie dies gegebenenfalls politisch weiter unterstützt werden kann, fehlen leider gänzlich. Gerade neue Bewegungen in der Zivilgesellschaft enthalten ein bedeutendes Potential zur Verstärkung der nachhaltigen Entwicklung. Dass hier, im gesellschaftlichen Bereich, bereits ein Umschwung des nichtnachhaltigen 'Modus Operandi' in Richtung Nachhaltigkeit stattfindet, ist im Bericht nicht ersichtlich, obwohl es im Alltagsbild von Luxemburg nicht zu übersehen ist. So hat z.B. die 'Transition Town' Bewegung in Luxembourg begonnen viele schlagkräftige Initiativen vorzunehmen wie „Urban Gardening“ oder Energiegenossenschaft. Die ‚Minette Transition‘, gemeinnützige landwirtschaftliche oder gartenwirtschaftliche Kooperativen u.v.m. wären hier zu nennen. Um in Bezug auf diese Bewegungen weniger blind zu sein, müssten in Zukunft zur Erstellung des Berichtes die neuen Perspektiven aus der organisierten Zivilgesellschaft sowie aus neu entstehenden, alternativen, privaten und gemeinnützigen Wirtschaftsformen hinzugefügt werden.

3. Auswirkung internationaler Verpflichtungen auf Luxemburgs Nachhaltigkeitsstrategie *Ist Luxemburg nur globalen Entwicklungen ausgesetzt oder kann es punktuell auch aktiv Vorreiterrollen übernehmen?*

Zu vielen Themen fehlt die Ausschau welche Aspekte von Luxemburg selbst beeinflussbar sind, wo Luxemburg sich internationalen Entwicklungen anpassen muss (e.g. EU 2020), und auf welchen Gebieten Luxemburg vielleicht sogar proaktiv mehr Verantwortung oder eine Vorreiterrolle übernehmen kann. (z.B. Mikrofinanzen oder gesetzliche Rahmenbedingungen zu neuen Wirtschaftsformen im Energiesektor oder im Verkehrssektor).

Im Bericht fehlen auch Überlegungen auf welche Weise die Regierung die unter 4.4.1. angedachte Diskussion über Sozial- und Umweltpolitik als produktive Faktoren für den Luxemburger Standort führen sollte, wenn gerade hier der staatliche Handlungsspielraum durch internationale Abkommen eingeengt wird und manche unserer angestrebten Nachhaltigkeitsziele in Frage gestellt werden: z.B. Einschränkung der nationalen Souveränität durch internationale Verpflichtungen auf Weltebene (WTO) und durch multinationale Verträge (z.B. durch das Sanitary and Phytosanitary Agreement und möglicherweise CETA, TTIP, etc.).

Fazit unserer Diagnose dieses Berichtes

In der Einleitung des Umsetzungsberichts steht, dass Nachhaltigkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Nachhaltigkeit kann daher auch als Eigenschaft eines gesellschaftlichen Verhandlungsprozesses in einer sich rasant verändernden Welt gesehen werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, und um dann auch unsere drei Hauptkritikpunkte besser zu berücksichtigen, stellt sich die Frage ob nicht ein anderer Rahmen und eine andere Herangehensweise zur Erstellung der nächsten Version des PNDD und der Umsetzungsberichte zielführender wäre. Hierzu haben hat der CSDD drei Hauptempfehlungen:

- **Ein Instrument zur verbesserten Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Luxemburger Kontext:** Das Erstellen des PNDD und der entsprechenden Empfehlungen und der Umsetzungsbericht sollte in einem partizipativen Prozess erfolgen mit Zielgruppen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Hierbei ist jedoch auf eine Art der Moderation und Partizipation im Erstellungsprozess zu achten die sicherstellen kann, dass das Ergebnis synthetisch genug ist um als Grundlage zu konkreten Verantwortungsübernahmen, Handlungen und deren Priorisierung in Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu dienen.
- **Ein Instrument vernetztes Denken in Luxemburg zu fördern und zu ‚institutionalisieren‘:** In der partizipativen Zusammenarbeit mit verschiedenen Expertisen und Interessen werden Fragen wer welche Verantwortung übernehmen kann, und was hierfür ein adäquater gesetzlicher Rahmen ist, zentral. Besonders wenn man Nachhaltigkeit als einen gesellschaftlichen Verhandlungsprozess sieht. Vernetztes Denken, um Wechselwirkungen zwischen Wandel in der Umwelt, der Gesellschaft und der Wirtschaft zu erörtern, mit der Anwendung von neuen Denkschemen und Konzepten möglich werden, die traditionelle, dominante, neo-klassische Rollenaufteilung und Darstellungen von Zusammenhängen hinterfragen. Konzepte zur Charakterisierung von komplexen sozialökologischen Systemen sollten vermehrt Anwendung finden. Das neue Konzept des ‚Prosumers‘, das Grenzen zwischen Produzenten und Verbrauchern hinterfragt die in der neo-klassischen Wirtschaft gegeben scheinen, ist z.B. aus der Sicht des CSDD wegweisend um Politiken zu schaffen die Verantwortungsübernahme in der Zivilgesellschaft für gesellschaftliche Transformation ermöglichen. Zudem sind viele Aspekte der neuen UNO Sustainable Development Goals (SDGs) hierzu zielführend, die jetzt vermehrt mit dem Konzept der planetaren Grenzen in Bezug auf der biophysischen ‚Carrying-Capacity‘ von Regionen verknüpft werden, die dann als Rahmen von wirtschaftlicher Zielsetzung gelten sollen die veränderte Material- und Energie-Flüsse und Landnutzung als Konsequenz haben. Eine engere Verbindung des nächsten PNDD mit den neuen EU Politiken und den SDGs ist empfohlen.
- **Ein angemessener Zeitrahmen:** Derzeit sieht das Gesetz zur Politik der nachhaltigen Entwicklung vor, dass der PNDD alle 5 Jahre überarbeitet wird und alle 2 Jahre ein Zwischenbericht erstellt werden soll. Die Politik zur nachhaltigen Entwicklung ist jedoch eine langfristig angelegt Politik, deshalb sollte der Plan auf 10 Jahre angelegt werden und der Zwischenbericht nach 4 Jahren erstellt werden. Schlüsselthemen könnten auch zwischendurch nach Bedarf aufgegriffen und gemeinsam analysiert werden.

Ein inklusiverer Prozess zur Erstellung der Umsetzungsberichte, möglicherweise unter der Federführung des Staatsministeriums, wäre eine neue Herangehensweise, die der CSDD befürworten und unterstützen würde. Ein ‚Interministerielles Experten Committee‘ sollte formell vom Staatsministerium beauftragt und koordiniert werden, mit klaren Aufträgen und Zeitrahmen. Diese systemische Herangehensweise würde die Kohärenz oder etwaige Inkohärenzen verschiedener Politiken verdeutlichen. Diese Herangehensweise sollte auch widerspiegeln, wie sich Entwicklungen

zur Nachhaltigkeit in der Politik und der Gesellschaft gegenseitig beeinflussen. Zukünftige Umsetzungsberichte sollten auch unbedingt kritischere Analysen des PNDD anbieten, Mängel aufzeigen und diskutieren ob die Ziele konkret und ambitiös genug sind, und ob Umsetzungsmaßnahmen auch wirklich zielführend sind. Öffentliche Konsultationsperioden sollten mit in die Prozesse zur Erstellung nicht nur des nächsten PNDD sondern auch der jeweiligen Umsetzungsberichte mit eingeplant werden, zur Konsultation könnte zum Beispiel auch durch Gemeinden aufgerufen werden, um die Verteilung der Verantwortung in diesem Bereich auch auf einzelnen Bürger zu unterstreichen. Diese Empfehlungen sind zusätzlich zu den Empfehlungen in Sektion 4. im Umsetzungsbericht, die wir auch vollkommen unterstützen.

Unsere Vorschläge sollen der zukünftigen Qualitätsverbesserung von Plan und Umsetzungsbericht dienen und zusätzlich gesellschaftliche Akzeptanz und Interesse fördern. So würde der PNDD zusammen mit den Umsetzungsberichten neben ihrer strategischen Funktion zusätzlich auch eine Funktion erhalten einen breiter gefächerten sozialen Lernprozess anzustoßen. Dieser Prozess könnte das Staatsministerium mit den anderen Ministerien, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft stärker verbinden, um in Zukunft eine bessere Balance zwischen der Schaffung einer verbesserten Lebensqualität, Umweltqualität und Wohlstand zu ermöglichen.

ANHANG I

Detaillierte Kritikpunkte zu ausgewählten Punkten des Umsetzungsberichts

(Die Reihenfolge und Nummerierung der Anmerkungen zu ausgewählten Punkten folgt der Anordnung im Bericht).

Kommentare zu Form und Rahmen des Berichtes: Bei PNDD und Umsetzungsberichten ist eine Darstellung des Arbeitsprozesses, der Verantwortlichen, aller Beteiligten, und der Ursprung der Ressourcen hierfür unerlässlich. Die Struktur der Umsetzungsberichte sollte wo immer möglich der Struktur des PNDD angepasst werden, alle Sektionen mit genügend Untertiteln versehen werden, um Zugänglichkeit und Lesbarkeit zu verbessern. Ein detailliertes Inhaltsverzeichnis mit durchgängig einheitlichen Begriffen für die gleichen Tatbestände im PNDD sowie im Umsetzungsbericht wäre sinnvoll.

2.1. Der Indikatoren-Bericht

Über die Arbeit der Reflexionsgruppe zur Selektion eines kleineren und daher realisierbaren Sets von Nachhaltigkeits-Indikatoren wird nur sehr oberflächlich berichtet. Es wurde nicht aufgegriffen, dass das Konzept der Gruppe bei der Selektion des Indikatoren-Sets jeweils auf Schnittstellen von Qualitätszielen im wirtschaftlichen, sozialen, und/oder Umwelt-Bereich fokussierte, um dadurch vernetztes Denken und cross-ministerielle (interministerielle) Arbeit in der Erstellung und Interpretation der Daten zu erzielen. Der Aussagewert des nächsten Umsetzungsberichtes könnte erheblich verbessert werden, wenn der Indikatorenteil in diesem Sinn noch einmal analysiert und besprochen werden könnte.

Das Erkennen der Querverbindungen könnte auf der Ebene der Indikatoren im Metadatenbereich der Datenblätter erfasst und systematisiert werden oder z.B. als Fußnoten oder Definitionen im Indikatorteil des Berichts hervorgehoben werden (wie an manchen Stellen bereits ausgeführt wurde). Durch diese Vorgehensweise wird das vernetzte Denken in der Datensammlung der Indikatoren, dann vielleicht auch im interpretativen Teil des Berichts, zur Selbstverständlichkeit. Die Evaluierung der Initiativen und Maßnahmen sollte auf deren eventuellen Wechselwirkungen im wirtschaftlichen, im sozialen und im Umweltbereich aufmerksam machen. Manche Neben- und Folgewirkungen, auch nicht-intendierte, könnten darüber hinaus mit Hilfe statistischer Verfahren ermittelt und ausgewiesen werden (z.B. die Generierung zusätzlicher Kosten durch Umweltschutzmaßnahmen).

Die Pertinenz einiger Indikatoren dürfte in Frage zu stellen sein: besonders die rein quantitativen wie 12, 115, 170. Es wurde wahrscheinlich bewusst darauf verzichtet einen synthetischen Indikator zu erstellen, der zwar keine genauen Aussagen erlaubt, aber besser kommuniziert werden kann?

Es sollte auch die Bedeutung einer Reihe von Begriffen im Luxemburger Kontext erklärt werden, z.B. der Begriff „grüne Aktivitäten“.

3. Schwerpunkte

3.1. Biodiversität

Diese Sektion enthält einige sehr aufschlussreiche Informationen, reflektiert aber auch die drei Mängel die der CSDD in dem Deckbrief aufzeigt. Der Begriff der Biodiversität im Luxemburger Kontext sollte umfassender erklärt werden, sodass auch die wirtschaftliche und soziale Bedeutung klar wird. Es fehlt an Struktur - z.B eine Liste von Maßnahmen die getroffen wurden - und einer kritischen

Auseinandersetzung die erörtert was konkret damit erreicht wurde. Zudem wurde die Problematik des Biodiversitäts-Monitoring, das grundlegend notwendig zum Verfolgen von Umsetzungserfolgen erscheint, gar nicht diskutiert. Es sollte auch diskutiert werden ob im Bereich der Biodiversität nicht verbindliche Ziele und Regeln sinnvoll sind (nach dem Prinzip „Cap and Rule“).

Bei den Bereichen die im Bericht fungieren, könnte die Darstellung insgesamt kritischer sein: Es werden z.B. die Initiativen zum TEEB beschönigt. Eine Interministerielle Gruppe hat sich seit der ersten Erstellung eines Reports nicht mehr diesbezüglich getroffen. Es finden zwar weitere Aktivitäten statt, diese sind jedoch nicht allgemein bekannt und besprochen. Es gibt bereits viele Daten, die in die TEEB-studie aufgenommen werden können (Bestandaufnahmen, Kartografie, Daten des Naturhistorischen Museums etc.), die Problematik der Nutzung bestehender Daten zur Erfassung der Biodiversität in Luxemburg sollte unbedingt ausdiskutiert werden.

Wechselwirkungen zwischen Umwelt-Biodiversität und Gesellschaft sollten erörtert werden. Kann man die Zivilbevölkerung in das Umweltmonitoring einbinden? Auch zum Sensibilisieren (Awareness-building) und zum Erkennen von konkreten Möglichkeiten, Verantwortung zu übernehmen (Citizen Science – Community-based Monitoring-Initiativen)? Das neue EU Rahmenprogramm zur Forschung Horizon 2020 sieht den Aufbau von Citizen Observatories und Citizen Science Monitoring Programme vor. Dies hat auch Bedeutung in Luxemburg.

Der Bericht sollte Fragen zur möglichen Wechselwirkung von Biodiversität, Konsum, und Landwirtschaft thematisieren. Dies könnte zur Aufklärung der Bürger zum nachhaltigen Verbrauch beitragen, ein Beispiel für vernetztes Denken. Z.B. sollte der Zusammenhang zwischen Biodiversität im Meer und Fischkonsum angesprochen werden, wenn Meer und Fisch im Luxemburger Bericht überhaupt unter diesem Schwerpunkt thematisiert wird. Auch sollten in diesem Sinne alternative Formen der Landwirtschaft aufgezählt werden (biologischer Anbau, integriertes Pestmanagement, u.s.w.) und auch gesetzliche Maßnahmen um Umweltimpakte der Landwirtschaft zu reduzieren, erörtert werden. Was könnte mit systematisierter Selbstversorgung der Bürger erreicht werden? Initiativen der Transitionsbewegungen in der Zivilgesellschaft (urban gardening, guerilla gardening) in Zusammenarbeit mit Gemeinden gibt es hierzu, auch um gezielt Biodiversität in urbanen Bereichen zu erhöhen. Der Umsetzungsbericht greift hier wirklich sehr kurz.

Die Situation des Schutzes der Trinkwasserquellen wird nur aus gesetzlicher Sicht beleuchtet, nicht jedoch das Problem, dass es öfters zur einfachen Umdefinierung von Trinkwasserschutzzonen kommt. Herrschende Interessenskonflikte bei der Umweltgesetzgebung führen häufig zu kontra-produktiven Ergebnissen in der Umsetzung. (z.B.: bei der Förderung der Biolandwirtschaft).

3.2. Nachhaltige Finanzen

Interessante innovative Initiativen in der Finanzpolitik sind aufgezählt. Dieser Teil des Berichtes enthält jedoch viele Pauschalaussagen, die sowohl in der Politik als auch in der Zivilgesellschaft sehr umstritten sind. Der Umsetzungsbericht sollte auf gar keinen Fall missbraucht werden bestimmte politische Überzeugungen gegenüber anderen zu verteidigen. Beispiele hierzu sind Aussagen, über Wettbewerb und Wirtschaftswachstum, oder dass das oberste Ziel der Sozialpolitik der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ist. Sind alle Politiker sich einig, dass dies das oberste Ziel ist? Der Bericht sollte viel vorsichtiger und neutraler formuliert werden.

Viele neue Initiativen die Finanzmärkte, zumindest im Mikrofinanzbereich, grundlegend verändern, sind nicht aufgeführt, wie z.B. das Crowdfunding bietet jetzt neue Möglichkeiten um Bürgerinitiativen zu finanzieren, die zu einer Machtverschiebung in den Strukturen der Kapitalgesellschaft führen können. Es gibt eine erste Anbieterplattform in unserem Land, aber der bestehende gesetzliche Rahmen ist schlecht geeignet um diese Entwicklungen in Luxemburg zu fördern.

Anmerkung : die Machtverschiebung betrifft nicht nur die Kapitalgesellschaften, sondern auch andere und darüberhinaus das gesamte Wirtschaftssystem.

Bei dem Thema Wettbewerbsfähigkeit werden neue Grunddimensionen für die Firmen jetzt Rechenschaft schuldig sind, die zentral zur Nachhaltigkeit gehören, gar nicht angesprochen. Die Direktive von 2014 zum „non financial reporting“, also die gesetzliche Auflage Sozial- und Umweltimpakte zu messen und darzustellen, müsste im Bericht Beachtung finden, zumal es in Luxemburg auch schon entsprechende Umsetzungsmaßnahmen gibt, wie z.B. die Schaffung des INDR und des neuen Sozialindikatorensystems für Firmen.

3.3. Wohnungsbau

Diese Sektion beschränkt sich nicht nur auf die Verfügbarkeit von gutem und bezahlbarem Wohnraum, sondern verdeutlicht auch das Zusammenspiel zwischen Wohnungsbau und Mobilität. Es weist auch auf Mängel an Vernetzung hin wenn gesagt wird: „Eine verbesserte Abstimmung von Industrie- und Wirtschaftsstrukturpolitik, Siedlungs- und Verkehrspolitik hat in der Großregion bisher nicht stattgefunden... ebenso wenig wie in Luxemburg selber.“ Hier gilt also unser allgemeiner Vorwurf des Mangels an systemischem Denken nicht. Die Ansätze die anschließend dargelegt werden stimmen positiv. Aber werden sie auch umgesetzt?

Interessante Initiativen neuer Wohnformen und Besitzerformen von Immobilien, die soziale Kohäsion unterstützen, wie z.B. Wohnungsgenossenschaften, gibt es bereits ansatzweise in Luxemburg. Leider werden sie hier nicht erwähnt.

3.4. Nachhaltige Energie und Wirtschaft

Diese Sektion ist sehr knapp verfasst und zeigt mehr Lücken als Substanz – aus unserer Sicht ist hier das Thema verfehlt. Eine Reihe von Experten sind der Überzeugung, dass verbindliche EU Ziele zur Proportion erneuerbarer Energien die ins Luxemburger Netz eingespeist werden, nur durch weitere Dezentralisierung und Bürgerinitiativen erreicht werden können. Viele relevante Initiativen in Luxemburg sind hier nicht aufgeführt. Vorreiter im Land wie z.B. die Energiegenossenschaften EquiEnerCoop, TransitionMinette Energie, Waldbillig, und der Energiepark Reiden bleiben unerwähnt! Die Entstehung und die Änderungen des gesetzlichen Rahmens in den letzten Jahren, auch zu den Energieeinspeisetarifen, die diese Entwicklungen ermöglichen oder stoppen, sind nicht im Bericht aufgeführt!

Die gesetzliche Regulierung des Energiesektors zeigt die starken Grenzen der traditionellen Rolleneinteilung von Produzenten und Verbrauchern, die Bürger daran hindern mehr Eigeninitiativen und Verantwortung in der gesellschaftlichen Transformation zur Nachhaltigkeit zu nehmen, auf. Die Europäische Kommission hat hierzu schon ein Green Paper zum ‚Prosumer‘ verfasst. Diese Entwicklungen werden auch in Luxemburg grundlegende Veränderungen in der Rollenverteilung und Verantwortungsübernahme ermöglichen, und sollten daher in dem Umsetzungsbericht erwähnt werden.

Die Behauptung die derzeit dominierende Finanzwirtschaft sei eine der am wenigsten Ressourcen intensiven Branchen stimmt nur, wenn etwa ausschliesslich der direkte CO2 Ausstoß der Server und Gebäude der Banken gerrechnet werden. Wichtig wäre es jedoch auch den indirekten Ressourcenverbrauch zu berücksichtigen, der entsteht wenn Finanzdienstleister in unterschiedlichen Bereichen investieren. Da sie dies nicht nur mit den Geldern der Anleger machen, sondern ebenfalls mit Eigenkapital und darüberhinaus die Anleger bei deren Entscheidungen beraten, ist die Ressourcenintensität der Finanzwirtschaft wesentlich grösser als es auf den ersten Blick erscheint.

Gerade deshalb ist es wichtig Überlegungen hinsichtlich des „green banking“ in ein Nachhaltigkeitskonzept für Luxemburg einzubeziehen.

Die Landwirtschaft bleibt unerwähnt, obwohl sie auch hier ein wichtiger Faktor ist, da sie maßgeblich zum Energieverbrauch in Luxemburg beiträgt, und Preise von Nahrungsmitteln an Energiepreise gekoppelt sind und somit z.B. auch die Kaufkraft von Haushalten und das Funktionieren der Wirtschaft und die Proportion der Bevölkerung mit Risiken in Armut zu verfallen, mitbeeinflussen.

3.5. Arbeitswelt

Schade, dass dieses Kapitel nur einen allzu kleinen Teil der Problematik der Luxemburger Arbeitswelt beleuchtet, und gar nicht mit den anderen Sektionen in Zusammenhang bringt. Diese Sektion ist vollkommen unzureichend. Auch sollte der Bildungsbereich hier als Schlüsselfaktor thematisiert werden.